

DIE DEUTSCHEN VON MORGEN / Herwig Birg sagt, wie Politiker und Bürger auf eine Bevölkerung zwischen Schwund und Wachstum reagieren sollten

Am besten ist ein neues Bewusstsein

Klarheit über höheres Lebensalter und Defizite bei Geburten, nicht aber bei den Migranten. Trotz der Zweifel müssen die Probleme gelöst werden.

RHEINISCHER MERKUR: Immer mehr Senioren, immer weniger junge Menschen – verschwindet unsere Gesellschaft?

HERWIG BIRG: In gewisser Weise schon. Zunächst wächst die Gruppe der über 60-Jährigen noch stark – bis 2050 um zehn Millionen Menschen. Gleichzeitig schrumpft aber eine wichtige andere, die der 20- bis 60-Jährigen, und zwar um 16 Millionen. Und eine dritte Gruppe, die unter 20-Jährigen, wird bis 2050 um acht Millionen kleiner. Die Folgen: eine Explosion der älteren Bevölkerung, eine Implosion bei den Jüngeren. Unterm Strich schrumpft die Bevölkerung Strich um 14 Millionen. Bei dieser Annahme ist der Schrumpfungsprozess durch Einwanderungen bereits gemildert. Wenn man allein von der deutschen Bevölkerung ausgeht, ist die Schrumpfung natürlich viel intensiver.

■ *Es gibt also abweichende Szenarien für die demografische Entwicklung...*

Ja, das ist abhängig von den Annahmen, die man zugrunde legt – etwa der Höhe der Geburtenrate oder der Einwandererzahl. Insgesamt sind die Aussagen in der Demografie sehr sicher geworden, verlässlicher als alle Prognosen in den Wirtschaftswissenschaften.

■ *Aber auch in der Bevölkerungswissenschaft streiten sich Forscher über die demografische Entwicklung...*

Bei den Vorausberechnungen selbst gibt es kaum noch Unterschiede, jedoch bei den Annahmen zum Umfang der Einwanderung. Wir müssen nun einmal klar konstatieren, dass Deutschland keine Kontrolle über den Umfang der Einwanderung hat – und auch nicht haben wird. Der Spielraum bei den

Asylbewerbern etwa ist groß, weil niemand genau sagen kann, wie viele kommen werden. Außerdem plädieren einige Politiker dezidiert für die Öffnung der Grenzen für Arbeitsmigranten. Andere weisen darauf hin, dass es bei bald fünf Millionen Arbeitslosen unvernünftig ist, weitere Einwanderungen zuzulassen. Wer setzt sich durch? Wer gewinnt die nächste Wahl? Eine schwierige Situation für Prognostiker.

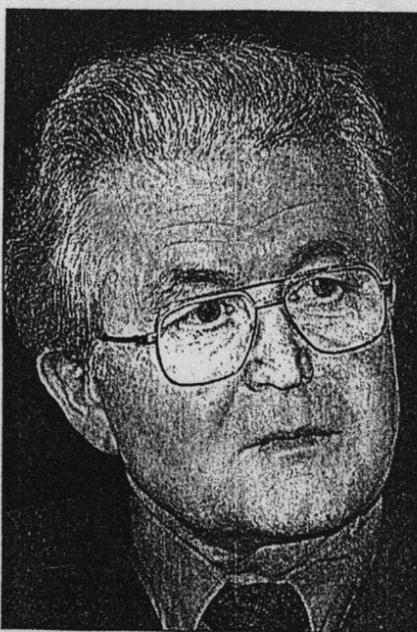
■ *Was sagen Sie zur Prognose, dass die Welt in absehbarer Zeit überbevölkert ist?*

Was heißt überbevölkert? Es stimmt, dass die Weltbevölkerung weiter stark wächst. Von heute 6,2 Milliarden Menschen auf etwa neun Milliarden. Hinsichtlich des Platzbedarfs und der Ernährung ist die Zahl neun Milliarden aber keineswegs so hoch, dass man von Überbevölkerung sprechen kann. Zur Veranschaulichung: Zwölf Milliarden Menschen könnte man auf Mallorca zu einem Rockkonzert zusammenbringen.

Ernähren kann die Erde bei den heutigen Agrartechnologien mindestens 15 Milliarden Menschen. Energiereserven gibt es auch noch in Hunderten von Jahren – wenn auch nicht in Form von Erdöl, sondern als Kohle. Wasser ist da und dort knapp. Aber insgesamt gibt es viel mehr Wasser, als die gesamte Menschheit je verbrauchen kann. In Deutschland appellieren die Wasserwerke, dass man noch mehr verbraucht, weil sie auf ihrem Wasser sitzen bleiben. Die Natur stellt viel mehr Ressourcen bereit als die Weltbevölkerung, auch wenn sie doppelt so groß wird, verbrauchen kann. Warum sollte man von Überbevölkerung reden?

■ *Haben wir ein Verteilungsproblem?*

Ja, und zwar als politisches Problem. Denn wie verteilt wird, darüber entscheiden Politiker und nicht Naturgesetze. Früher dachte man, die Natur habe nicht genug Produktivität, um ausreichend Nahrung hervorzubringen. Dass dies falsch ist, wissen wir seit langem. Die Zahl der Menschen, die hungern, nimmt weltweit zwar nur leicht, aber erfreulicherweise stetig ab – obgleich die Weltbevölkerung wächst.



ZAHLENDEUTER: Herwig Birg ist Professor für Demografie an der Universität Bielefeld. Foto: dpa

■ *Werden die internationalen Wanderungen eher ab- oder zunehmen?*

Das ist schwierig zu beurteilen. Wenn die Zahl der Bürgerkriege wächst, wird die weltweite Migration zunehmen. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor: Aufnahmeland wie die Bundesrepublik senden mit ihrer Rechtsordnung Signale aus, die zum Kommen ermuntern. In der Migrationsdebatte hierzulande wird oft außer Acht gelassen, dass Deutschland in den vergangenen Jahren viel mehr Zuwanderer auf 100 000 Einwohner aufgenommen hat als die ihm ständig vorgehaltenen Vorbilder USA, Kanada und Australien. Auch sind vier- bis sechsmal so viele Asylbewerber gekommen als nach Frankreich oder England. Wenn das Zuwanderungsgesetz in der jetzigen Form verabschiedet worden wäre, würde die Zuwanderung nicht begrenzt, wie der Entwurf verspricht, sondern erweitert. Das sehen die meisten Migrationsforscher so.

■ *Welche geopolitischen Folgen hat das Anschwellen der Migrationsströme?*

Wir bewegen uns hierzulande stückweise in Richtung Zweite oder Dritte Welt. Ich sage das ganz bewusst. Denn der derzeit hohe Lebensstandard wird durch Zuwanderung nicht erhöht, sondern langfristig eher geschwächt. Das ist eine in der Öffentlichkeit oft anders dargestellte Thematik. Aber daran lässt sich nicht rütteln. Auch die Forschungsergebnisse, die im Auftrag der jetzigen Bundesregierung von völlig unverlässlichen Instituten erarbeitet wurden, zeigen, dass unsere fiskalischen Systeme nicht von Zuwanderung profitieren, sondern draufzahlen. Nur in der Pflege- und Rentenversicherung wird durch Zuwanderer mehr ein- als ausgezahlt.

■ *Wer kümmert sich bei uns um die große Zahl älterer Menschen, wenn es immer weniger jüngere Menschen gibt?*

Die Logik in der Entwicklung liegt darin, Betreuungskräfte aus dem Ausland einwandern zu lassen. Muss das aber so sein? Man kann auch fragen, warum Deutsche nicht deutsche Ältere pflegen können. Das hätte zudem den günstigen Effekt, dass der Arbeitsmarkt entlastet würde. Die Weichenstellung auch in dieser Frage ist Aufgabe der Politik. Und die Öffentlichkeit muss über die Themen mehr aufgeklärt werden – eine Aufgabe der Medien.

■ *Braucht Deutschland eine Bevölkerungspolitik, oder reagiert die Familien-, Bildungs-, Gesundheits- und Finanzpolitik bereits richtig auf die Herausforderungen des demografischen Wandels?*

Der Begriff Bevölkerungspolitik weckt bei manchen Deutschen böse Erinnerungen an die NS-Zeit. Ich finde aber, wir haben das Recht, das Wort Vergangenheit bereinigt zu gebrauchen. Es geht schließlich um Inhalte. Insofern kann man auch von demografisch orientierter Politik sprechen. Was die Familienpolitik angeht, so ist sie politisch ideologisiert. Die Migrationspolitik, die das neue Zuwanderungsgesetz propagiert, ist als Bevölkerungspolitik in der Öffentlichkeit weitgehend akzeptiert – so wie die Gesundheitspolitik, die zu einem enormen Anstieg des Sterbalters geführt hat.

■ *Reichen diese Anstrengungen aus?*

Genau das ist die Frage. Die Geburtenrate wurde durch bevölkerungs- und familienpolitische Maßnahmen kaum angehoben. Sie ist fast genauso niedrig wie in Italien und Spanien, die die niedrigsten Raten der Welt haben. In der Politik dominiert zurzeit das Bewusstsein: Wenn der Nachwuchs im Inland fehlt, dann holen wir ihn uns eben aus dem Ausland. Demografisch orientierte Politik beginnt aber im Kopf, mit Bewusstseinswandel. Die Menschen müssen wieder verstehen, dass das Kinderhaben das Normale ist und Kinderlosigkeit die Ausnahme. Dazu braucht man Aufklärung und eine Wertepolitik. Wir müssen eine vorgelagerte Welle der Aufklärung und der Bewusstseinsbildung haben, damit sich der Wunsch nach Kindern überhaupt wieder entwickelt.

■ *Wer soll denn die Aufklärungsarbeit leisten? Die Kirchen?*

Die könnten es tun, aber sie haben sich in letzter Zeit selbst um ihren Einfluss gebracht. Ich finde sie haarsträubend, die politisch orientierten Gefälligkeitsstellungen der Kirchen, etwa bei der Zuwanderung. Es wird nicht gründlich genug nachgedacht, hat man manchmal den Eindruck; politische Opportunität steht an erster Stelle. Die Quittung: Die Bürger haben genug von der Politik. Wenn diese schlecht ist, brauchen sie nicht noch eine kirchliche Version – wozu denn?

Nötig ist das Engagement der Elite, etwa von Schriftstellern und Künstlern. Die sollte man für eine demografisch orientierte Politik gewinnen, Günter Grass zum Beispiel. In seiner Satire „Kopfgeburten oder Die Deutschen sterben aus“ machte er sich über den Bevölkerungsrückgang lustig, mit Sätzen wie: „Wir müssen den Wahlausgang abwarten. Unter Strauß setz' ich kein Kind in die Welt.“ Wenn die Elite dieses Thema bestenfalls als Ansatz für schlechte Satire interessant findet, dann braucht man sich nicht zu wundern, warum das alles im öffentlichen Bewusstsein kaum Bedeutung hat. □

Das Gespräch führte Johannes Mehlitz.